

Die Bauergewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,— RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr
Nr. 5 · 31. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin=Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3 Berlin, 1. Februar 1930

Her mit der Krisenunterstützung für die Bauarbeiter!

§ 101 UWVG. bestimmt: „In Zeiten andauernd besonders ungünstiger Arbeitsmarktlage hat der Reichsarbeitsminister nach Anhörung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung als Krisenunterstützung, abweichend von den Vorschriften der §§ 95—99, zuzulassen.“ Diese Bestimmung hätte dem Sinn des Gesetzes entsprechend auch bisher schon auf die Bauarbeiter Anwendung finden müssen. Es ist jedoch nicht geschehen. Man hat statt dessen vorgezogen, die Bauarbeiter für die Zeit der Winterarbeitslosigkeit einer Sonderregelung zu unterziehen, die dann im letzten Jahr trotz unseres Widerstandes eine weitere Verschlechterung erfahren hat.

Nun hat der Ausschluß der Bauarbeiter aus der Krisenunterstützung solange keine praktische Bedeutung, als es gelingt, vor der Winterarbeitslosigkeit die Anwartschaft auf die Arbeitslosenunterstützung zu erwerben, was in Jahren normaler Beschäftigungsmöglichkeiten im allgemeinen den Bauarbeitern gelingt. Meistens wird außerdem die Winterarbeitslosigkeit beendet sein, ehe die Unterstützung voll in Anspruch genommen ist. Anders sehen die Dinge aber aus, wenn schon im Sommer keine ausreichende Beschäftigung vorhanden war, so daß die Anwartschaftszeit nicht erreicht werden konnte. Dann stehen die betroffenen Bauarbeiter mittellos auf der Straße.

Das ist nunmehr in diesem Winter in außerordentlich starkem Maße der Fall. Nach den fast gleichlautenden Berichten aus den Bezirken haben mindestens ein Fünftel unserer arbeitslosen Mitglieder die Anwartschaftszeit im letzten Jahre nicht erreicht, d. h. sie haben zum größten Teil keinen Unterstützungsanspruch. Ein kleinerer Teil hat zwar noch einen mehrwöchigen Unterstützungsanspruch aus dem Vorjahre, ist aber mittlerweile bereits ausgesteuert oder wird es in den nächsten Wochen sein. Schon die Not dieser mittellosen arbeitslosen Menschen müßte zur umgehenden Ausdehnung der Krisenunterstützung auf die Bauarbeiter drängen. Man komme nicht wieder mit dem Schlagwort von den „hohen Bauarbeiterlöhnen“, die im Sommer Ersparnisse für den Winter möglich machen sollen. Selbst wenn es dem einen oder anderen während der Arbeitswochen gelungen sein sollte, kleine Ersparnisse zu machen, sie sind durch die lange Arbeitslosigkeit längst aufgezehrt.

Aber das Baugewerbe ist doch Saisongewerbe? Wir glauben schon früher zur Genüge dargetan zu haben, daß beim Baugewerbe von einem eigentlichen Saisongewerbe nicht mehr geredet werden kann. Aber wenn man irgendwann nicht von saisonüblicher Arbeitslosigkeit im Baugewerbe reden kann,

so ist es in diesem Winter. Wir brauchen uns nur die nüchternen Zahlen der Arbeitslosigkeit in unserem Verband im Jahre 1929 anzusehen.

Januar . . . 78%	Juli . . . 14%
Februar . . . 86%	August . . . 15%
März . . . 53%	September . . . 18%
April . . . 23%	Oktober . . . 23%
Mai . . . 16%	November . . . 36%
Juni . . . 14%	Dezember . . . 58%

Die hohen Arbeitslosenziffern der Monate Januar, Februar und März sind schließlich noch eine Folge des strengen Winters. Aber auch nach dem Ende der Kälte kam die Bautätigkeit nur sehr langsam in Gang. In den besten Monaten, Juni und Juli, hatten wir noch eine Arbeitslosenziffer von 14 Prozent der Verbandsmitglieder, die dann schon vom August an ständig wieder stieg, um Ende Dezember die Höhe von 58 Prozent zu erreichen. Und dazu denke man nun an das ausgesprochen gute Bauweitere. Strengen Frost, der das Bauen unmöglich machen würde, haben wir außer einigen wenigen Tagen noch nicht gehabt. Im Gegenteil, wir reden geradezu von einem Rekordwinter bezüglich milder Witterung. Haben wir es also mit einer vorübergehenden Saison-Arbeitslosigkeit zu tun? Alle Welt ist sich darüber einig, daß starker Kapitalmangel die Ursache der augenblicklichen schwachen Bautätigkeit ist, daß wir es also mit einer ausgesprochen konjunkturellen Arbeitslosigkeit zu tun haben, deren Ende noch nicht abzusehen ist.

Angesichts dieser Lage und angesichts der furchtbaren Not zahlreicher Bauarbeiterfamilien fragt man sich, weshalb hat der Reichsarbeitsminister nicht schon längst eingegriffen, um auf Grund der unbedingt für den Fall der augenblicklichen großen Arbeitslosigkeit im Baugewerbe zutreffenden Bestimmungen des genannten § 101 UWVG. die Bauarbeiter in die Krisenunterstützung einzubeziehen. Nunmehr haben sich die Bauarbeiterverbände in einem gemeinsamen Schreiben an den Reichsarbeitsminister gewandt, um die umgehende Zulassung der Bauarbeiter zur Krisenunterstützung herbeizuführen.

Wir verkennen nicht, daß die Finanzlage des Reiches augenblicklich schwierig ist. Die Regierung muß sich aber doch die Frage vorlegen: Was soll mit den sich in Not befindenden Bauarbeiterfamilien werden, wenn sie monatelang ohne Arbeit und ohne Unterstützung sind. Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung der Bauarbeiter zur Krisenunterstützung sind gegeben. Wir erwarten, daß der Reichsarbeitsminister handelt.

aus, die sozialistische Ideemwelt durch die Tat vorzuführen. In den Kinderrepubliken zeigt sich praktisch diese sozialistische Kultur. Gemeinsames Zusammenleben, Selbstverwaltung und Selbstregierung, eine eigene Zeitlagerzeitung sollen diese werdenden Menschen in die Zukunftswelt des Sozialismus einführen. Die inneren Triebkräfte dieser Arbeit stellt Dr. Adler (Wien) scharf heraus. Er sagt: Es sei von Anfang an Aufgabe und Ziel der Kinderfreundearbeit nicht nur die Sorge um die körperliche Wohlfahrt des Kindes, sondern es gelte die Seele der Kinder zu erfassen und sie zu Kämpfern einer neuen Zeit und einer neuen Sittlichkeit zu erziehen. Wie diese neue Zeit aussehen würde, daß sie Vernichtung der sittlichen Persönlichkeit, Mechanisierung aller menschlichen Verhältnisse, geistige Verflachung und letztlich Vernichtung aller wirklichen Kultur bedeuten würde, brauchen wir hier nur anzudeuten. Ein Blick nach Rußland genügt.

Es zeigt sich also recht deutlich, wohin der Kurs geht und wie die Ideemwelt des Sozialismus ein neues Kulturbild, eine neue Kultur formen will. Hier ist etwas im Werden, das nicht übersehen und übergangen werden darf. Wer die infromstiefe Gläubigkeit und Anhänglichkeit der sozialistischen Massen, wenigstens in den früheren Jahren, kennengelernt hat, wer den Opferwillen dieser Anhänger sah und heute vorfindet, wer die Begeisterung dieser Menschen miterlebte, der muß wissen, daß in dieser Bewegung, gestützt auf die begeisterungsfähige Jugend, Kräfte lebendig sind und noch werden können, die infolge ihrer falschen Einstellung große Gefahren für unsere gesamte Kultur, für Volk und Vaterland in sich bergen. Das zu wissen, bedeutet die heilige Pflicht, unsere, die christliche Kultur und ihre Segnungen diesen jugendlichen und irrenden Menschen auch zuteil werden zu lassen und Sorge zu tragen, daß sie nicht als eine Kultur des „Besitzes und der Bildung“ betrachtet werden kann. Noch kann vieles gerettet werden. Möge die Stunde nicht ungenützt verstreichen.

Die zweite dieser Hauptströmungen ist die der christlichen Arbeiterschaft. Ihre Ideemwelt wurzelt in übernatürlichen Kräften und in der Erkenntnis einer gottgewollten Weltordnung. Dabei ist aber zu betonen, daß sie damit keine Unabänderlichkeit einer bestehenden Ordnung anerkennt und proklamiert. Jedoch bewirkt sie den Gedanken der gewalttätigen Aenderung und des Klassenkampfes. Ihre Weltanschauung fundiert in der tiefen Verbundenheit des Menschen mit den sittlichen Gesetzen, mit Gott und seinem Weltplan. Sie stellt an den Ausgangspunkt den ewigen Geist und lehnt das Anekennen blindwaltender Naturgesetze ab. Aus dieser ihrer Einstellung erwächst auch ihre Handlungsweise. Es ist eine der schönsten Blüten der christlich-sozialen Ideemwelt, wie aus der Gottesidee die Gemeinschaftsidee erwächst, die in der christlichen Familie ihren höchsten Ausdruck findet. Darum betont sie die Erhaltung und Reinhaltung der Familie, die Volksgemeinschaft. Die Familie ist für sie der Ausgangspunkt jeder menschlichen Tätigkeit und im Einzelmenschen sieht sie ein Glied der großen Gottesfamilie. Darum fordert sie Anerkennung und Achtung auch für den letzten der menschlichen Gesellschaft, den Arbeiter. Darum aber verlangt sie auch eine Entlohnung des Arbeiters, die die Erhaltung eines gesunden Familienlebens gewährleistet. Darum erkennt sie aber das Recht anderer Stände und Gesellschaftsgruppen. Diese Achtung ist erwachsen aus der eigenen Selbstachtung. Die Gemeinschaftsidee führt zum Gedanken der Gleichberechtigung und der Solidarität aller Kräfte im Volk. Das hat zur Folge den Mißachtungsgedanken, den Sozialgedanken. Darum muß auch die christliche Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung die absolute Freiheit der Wirtschaft und des Privateigentums ablehnen. Sie kann aber

Geisterscheidung

Wer gegenwärtig das öffentliche Leben scharf beobachtet, dem wird vor allem ein ernstes Ringen und Kämpfen um Ideemwelten offenbar werden. Ganz besonders ist dieses Ringen stark bemerkbar in den Kreisen der Arbeiter- und Angestellten-schaft, wie das die Gewerkschaftskongresse der verschiedenen Richtungen in den letzten Jahren deutlich zeigen. Die Gewerkschaften wollen nicht nur Lohn- und Gehaltsbewegung, sondern Kulturbewegung sein. Wie kommt das? Die Industrialisierung trennte den Arbeiter von seinen natürlichen Wurzeln, sie löste ihn aus der alten Kultur-gesellschaft. Wirtschaftliche Not und geistige Isolierung zwangen den Arbeiter, sein Schicksal selbst zu gestalten, dringen ihn dazu, nach einer Neugeschaltung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Verhältnisse zu streben, in der auch er Platz hat. Im Ringen um diese Neugeschaltung wächst das Bild einer neuen Kultur. Das Bild dieser neuen Kultur, der Arbeiterkultur, ist nun durchaus nicht einheitlich. Zwei Hauptströmungen zeigen sich, die christliche und die sozialistische. Diese Strömungen wurzeln im Weltanschaulichen.

Der Sozialismus wurzelt im Boden des Atheismus und des Klassenkampfes, mag auch noch so sehr der Taktiker versuchen, in klingenden Wortbildungen dieses abzustreiten. Selbst dem zu widersprechen scheinende Handlungen der ganzen Partei haben lediglich taktische Bedeutung, so z. B. die Annahme des Konfokates und die Bewilligung von Dotationen. Sie stellen nur Gegenwarts-konzeptionen dar. Diese Taktik soll die Augenwelt hinwegtäuschen über das eigentliche Ziel, die Verwirklichung der sozialistischen Ideemwelt. Wir brauchen nur die Arbeit der Sozialisten genauer zu beobachten, so stellen wir fest, daß sie planmäßig daran sind, ein sozialistisches Kulturbewußtsein in den Massen zu bilden. Diese „Kulturarbeit“ ist, man muß es sagen, gut angezogen. Die entscheidende Position bei Sozialismus ist heute die Jugendgewinnung. Der Ausbau der Schülergruppen, der Arbeiterturn- und Sportvereine, der Wanderbewegung, der Ferien- und Fürsorgebewegung sind Teilgebiete eines einheitlichen Kampflanes der Gewinnung und Durchdringung der Kinderwelt. Wohl wissend, daß Kinderherzen am zugänglichsten sind, daß die in der Kindheit gewonnenen Eindrücke am lebhaftesten hängen bleiben, geht der Sozialismus darauf

auch deshalb nicht dem Klaffgedanken huldigen und lehnt auch jede Diktatur ab. Es ist deshalb nicht wunderzunehmen, wenn die christliche Arbeiterbewegung zu allen Fragen des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens, oft tief in die Verhältnisse einschneidend, Stellung nimmt. Ihr ganzes Kulturbild bedingt art- und naturnotwendig diese ihre Einstellung. Aus christlicher Gemeinheitsverpflichtung arbeitet die christliche Arbeiterbewegung an der Ausgleichung der bestehenden Gegensätze, setzt sie ihre ganze Kraft ein für eine Reformierung und Ausmerzung bestehender Mängel, ist sie bestrebt, den Solidargedanken, den Gemeinheitsgedanken in die Tat umzusetzen. Was die geistige Revolution des Liberalismus betrifft: Gott, Mensch, Arbeit — als einheitliche sittliche Idee, das sucht diese Bewegung heute wieder zu knüpfen. Was Wunder, wenn heute die Forderung der christlichen Arbeiterbewegung ernsthafte Beachtung finden, wenn ihre Anhänger sie mit großer Leidenschaft verteidigen. Dieses große Wollen erwächst aus einer inneren Gott-Seele-Menscheinstellung und in diese Einstellung wird gleichsam jede Handlung eingetaucht. So durchfließen Seelenkräfte die Bewegung.

Wer am Herzschlag des Lebens hört, wer den Pulsschlag der Zeit versteht, der weiß, daß eine dieser ringenden Ideenwelten sich früher oder später durchsetzen wird. Die Verhältnisse drängen auf eine Neugestaltung. Wer die stiltlichen Triebkräfte dieser Ideen kennt, wer ihr Ursprungsland erschaut, der weiß, daß der letztgenannten Bewegung die Zukunft gehören muß. Eine Zeitaufgabe aber fällt der Gegenwart zu, die Stimmen der Zeit zu verstehen und zu handeln. Dazu gehört mit an erster Stelle Pflege des religiös-sittlichen und nationalen Gedankens.

F. Heurich

Unsinnige Methoden

Die Befürchtungen, welche bei der Verabschiedung der Verengesvorlage über die Reformen der Arbeitslosenversicherung in Bauarbeiterkreisen laut wurden, sind nicht nur eingetroffen, sondern noch übertroffen worden. Dreißig Millionen sollen mit Hilfe des benötigten § 59a des Arbeitslosenversicherungsgesetzes eingespart werden, aber selbst Angehörte der Reichsanstalt vertreten die Auffassung, daß es noch mehr als 100 Millionen werden.

Zu dieser Auffassung wird man bestärkt, wenn man die Tätigkeit der Arbeitsämter beobachtet. Es gibt deren eine Reihe, welche ihre Aufgaben nicht mehr dazu sehen, Unterstützung zu zahlen (von der Arbeitsvermittlung braucht ja nicht geredet zu werden, die steht ja nur auf dem Papier), sondern welche in erster Linie darauf bedacht sind, möglichst viele Leute abzuweisen. Vor allen Dingen mühen die Bauarbeiter herhalten.

Die Prüfung der Bedürftigkeit ist angeblich nicht zulässig und doch wird sie indirekt so scharf vorgenommen wie nie zuvor. Was ist es denn anderes als eine Bedürftigkeitsprüfung, wenn Bauarbeiter, welche 6 bis 8 Morgen Land haben, abgewiesen werden. Interessant ist auch, was künftige Arbeitsamtsvorsitzende machen, indem sie das Einkommen errechnen, welches ein Bauarbeiter aus seiner 10 bis 12 Morgen großen Wirtschaft haben kann. Sie errechnen teilweise bis zu 100 RM. Wohneinkommen.

Man müßte darüber lachen, wenn es nicht so ernst wäre für die Betroffenen. Die Not der Landwirtschaft wird von allen Kreisen anerkannt. Die Landwirtschaft selbst, insbesondere der Großgrundbesitz, behauptet, ihre Betriebe seien vollständig unrentabel. Wenn das aber für diese gilt, dann doch früher in noch stärkerem Maße für die Kleinsten der Kleinen. Das sollten auch die Politiker aus der Landwirtschaft bei den Sprachansprechern beherzigen und nicht immer gegen uns stimmen.

Überhaupt eine verwerfliche Einrichtung, diese Sprachansprecherei bei den Arbeitsämtern. In drei Stunden wurden in der Regel 26 Fälle, das ist jede fünf Minuten ein Fall, erledigt. In den Arbeitsgerichten wird fast oft um 5-10 RM. Stundenlang im mehreren Terminen herumgeschlagen. Bei den Sprachansprechern am Arbeitsamt handelt es sich in den meisten Fällen um Handwerker von Reichsmaß, welche im D-Zugtempo erledigt werden. Die meisten Sachen werden dann auch schließlich in fünf Minuten bearbeitet. Der Beschäftigte, Kläger und Richter in einer Person, wird in der Regel auf seinem Standpunkt, den er bei der ersten Entscheidung eingenommen hat, beharren bleiben. Der Arbeitgeber ist grundsätzlich für Abweisung des Einspruchs, und bei dieser Abweisung braucht ja nicht lange verhandelt zu werden.

Sie sind auch für Sparmaßstäbe in der Verwaltung der Arbeitslosenversicherung, aber hier nicht, wie

überall, an der verkehrten Ecke gespart. Um zu sparen, sind in den ländlichen Gebieten in diesem Winter eine Reihe Stempelstellen aufgelöst worden. Die Folge davon ist, daß die Arbeitslosen bis zu 24 Kilometer pro Tag zur Stempelstelle zurückzulegen haben. Diesen Weg dreimal in der Woche gemacht, ergibt eine Gesamtstrecke von 72 Kilometern. Was das bedeutet, können natürlich die Arbeitsamtsvorsitzenden, welche ja fast alle ein Auto haben, aber auch gewisse Reformer in Berlin, nicht ermessen.

Das sind nur einige der vielen unsinnigen Methoden, welche angewandt werden, um den Menschen den Geschmack an der Arbeitslosenunterstützung zu nehmen. Die Erbitterung in den Kreisen der ländlichen Arbeitslosen ist eine ungeheure. Man soll die Dinge nicht auf die Spitze treiben. An die den christlichen Gewerkschaften nahestehenden Abgeordneten, besonders den Abgeordneten Kiefener, ergeht die bestimmte Anfrage, ob sie diese Dinge beabsichtigen haben bei der vorgenommenen Reform. Durch diese Verhältnisse wird das Standesbewußtsein bei der Arbeiterschaft nicht gehoben, und ob der eingeschlagene Weg der richtige ist, um unsere Forderung auf Besitz zu verwirklichen, darf wohl bezweifelt werden.

F. Leuninger.

Es geht auch anders

Es ist eine alte Tatsache, daß auch das Gute bekämpft wird, wenn es einzelnen nicht persönliche Vorteile bringt. Wir erleben es so oft, daß man bei Tarifverhandlungen erbittert kämpft gegen Forderungen, die von den Arbeitern durch die Gewerkschaften erhoben werden, manchmal in unverständlicher Art, so daß sehr oft der Gedanke Fleck greift, daß das geschieht ohne sachliche Überlegung, sondern nur weil die Forderungen von den Gewerkschaften kommen. Das trifft auch zu für die Vertragsbestimmung in der Lehrlinge. Bei der Festsetzung der Entschädigung für Lehrlinge mußten sehr oft Schwierigkeiten beseitigt werden, um zu einer Einigung zu kommen. Vielfach mußten Tarifämter Entscheidungen fällen. Sehr stark wurde auch von den einzelnen Arbeitgebern die Festsetzung der Entschädigung für vier Jahre gefordert, um auf diesem Wege zur vierjährigen Lehrzeit zu kommen. Wir als Gewerkschaften vertreten den Standpunkt, daß bei richtiger Ausnutzung der dreijährigen Lehrzeit das gelernt werden kann, was grundlegend für einen tüchtigen Facharbeiter ist. Ferner muß der Baufacharbeiter, so lange er seinen Beruf ausübt, das heißt dazulernen.

Um im Einzelfalle, wo ein Lehrling wirklich schwach ist, die Lehrzeit auf eine begrenzte Zeit verlängern zu können, zum Beispiel wenn die Gesellenprüfung nicht bestanden ist, wurde in einigen Verträgen eine Bezahlung über die normale Lehrzeit hinaus für die vorerwähnten Fälle vereinbart. Das ist eine Veranlassung für einige Innungen und auch Arbeitgeber zu sein, selbst laufende Lehrverträge um ein Jahr, also von drei auf vier Jahre, zu verlängern. Vor mir liegen zwei Lehrverträge, die mit einer dreijährigen Lehrzeit 1928 abgeschlossen sind. Während der laufenden vertraglichen Lehrzeit werden dieselben auf vier Jahre umgestellt und, weil die Eltern diese Verträge nicht unterschreiben, sagt man den Lehrlingen, sie sollten zu Hause bleiben. Wo bleibt da die Moral? Was bedeuten in diesem Falle noch Lehrverträge? Es ist schon besser, die Innungen treten ab und Arbeitgeber regeln die Lehrverhältnisse mit den Gewerkschaften, dann ist die Gewähr gegeben, daß die abgeschlossenen Verträge auch für ihre Dauer gehalten werden. Weil das nicht geschieht, ergibt sich für uns die Aufgabe, die geschäftlichen Vertreter der jungen Leute, die einen Beruf erlernen wollen, vor dem Abschluß der Lehrverträge zu beraten und die Lehrlinge den gewerkschaftlichen Organisationen zuzuführen.

Julius Herrmann.

Das Heilverfahren in der Invalidenversicherung

Die Landesversicherungsanstalten veröffentlichen jetzt ihre Berichte über das Jahr 1928; besonders interessant sind die Angaben über das Heilverfahren. Wesentlich besteht auf die Gewährung eines Heilverfahrens kein Rechtsanspruch, sondern es handelt sich um eine freiwillige Leistung, die nicht erzwungen werden kann. Darum ist es ersichtlich, daß die Versicherungsanstalten in immer verstärktem Maße eine vorwiegende Fürsorge treiben. Es liegt dieses ja auch in ihrem eigenen Interesse, wenn durch ein rechtzeitiges Heilverfahren die Arbeitskraft auf viele Jahre länger erhalten bleibt.

Im Jahre 1928 wurde insgesamt 37844 Personen ein Heilverfahren gewährt, davon 23136 Männern und 14708 Frauen. Im Jahre 1913 waren es nur 15636 Personen. Die Kosten hierfür betrugen über 2 Millionen RM., einschließlich der von den Krankenkassen und anderen Stellen gegebenen Zuschüsse.

Die Durchschnittskosten für eine in Heilbehandlung genommene Person sind gegenüber dem Jahre 1913 von 222 RM. auf 194 RM. gesunken, weil durch die Neuerrichtung von eigenen Heilstätten rationeller gewirtschaftet werden konnte. Sämtliche Landesversicherungsanstalten verfügen jetzt über 114 Heilstätten mit 15513 Betten.

Zur Kampfe gegen die Tuberkulose und die Geschlechtskrankheiten sind die Landesversicherungsanstalten führend. Gegen erstere wurden 30 Millionen RM. ausgegeben (bei Behandlung von 450 Personen), gegen letztere 1700000 RM. An Geschlechtskrankheiten wurden 18151 Personen behandelt.

Gegen anderer Krankheiten waren 84076 Personen in ständiger Behandlung, 24026 Personen in nichtständiger Heilbehandlung. Die Ausgaben betragen hierfür 40,8 Millionen RM. Unter die nichtständige Heilbehandlung fällt auch die Zahnbehandlung. Gesunde Zähne verhindern manche Krankheit und damit Invalidität.

Die Versicherungsanstalten können Mittel nicht nur in einzelnen Krankheitsfällen ihrer Versicherten auswenden, sondern auch zur allgemeinen Hebung der gesundheitlichen Lage der Versicherten, einschließlich deren Ehefrauen und Kinder. Hierfür wurde 18,1 Millionen RM. ausgegeben, hauptsächlich in Form von Sanftkur und Erholungsbedürftiger Kinder der Versicherten wurden nicht unbedeutende Zuschüsse gegeben.

Besteht auch die Hauptaufgabe der Invalidenversicherung in der Gewährung von Renten an invalide gewordene Versicherte, so muß die Erkenntnis immer mehr Platz greifen, daß die Verhinderung des vorzeitigen Eintritts der Arbeitsunfähigkeit nicht nur im Interesse des einzelnen, sondern auch im Interesse der Allgemeinheit liegt. Darum sind die für Heilverfahren ausgegebenen Beträge nicht nutzlos verban.

Allgemeine Rundschau

Christliche Gewerkschaften und evangelische Jungmännerbünde

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften und der Reichsverband der evangelischen Jungmännerbünde haben zwecks gemeinsamer Arbeit und gegenseitiger Förderung eine Vereinbarung getroffen, nach der ein Ausschuss gebildet werden soll, in dem jeder der beiden Organisationen die gleiche Zahl von Vertretern (je 3) entsendet. Der Ausschuss hat folgende Aufgabe darin:

- a) eine gemeinsame Stellungnahme zu bedeutenden gemeinsamen Jugendfragen, insbesondere auf dem Gebiet der Gesetzgebung, vorzubereiten;
- b) über die beiderseitigen besonderen Aufgaben Mitteilung zu nehmen;
- c) Schulungsmaßnahmen zur Heranbildung geeigneter Jungmänner in gewerkschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen zu treffen;
- d) beim Auftreten örtlicher Meinungen von Fall zu Fall Schlichtungsausschüsse einzusetzen.

1929 rund 190 000 Neubauwohnungen in Preußen

Im Hauptauschuß des Preussischen Sanitätstages teilte der Regierungsvertreter mit, daß sich der reine Zugang an Neubauwohnungen in Preußen für das Jahr 1929 auf rund 190 000 Wohnungen belaufe. Da der Zugang an neuen Haushaltungen sich auf etwa 130 000 stelle, so sei ein Ueberschuß von 60 000 Wohnungen erreicht worden, der zum Ausgleich des Fehlbeitrages Verwendung finden werde. Am 31. Dezember 1929 seien noch über 104 000 Wohnungen im Bau gewesen.

Eine Erhöhung der Mieten für Mietwohnungen sei zurzeit nicht beabsichtigt.

Wer hat, dem wird gegeben werden

Wenn jemand in der Eisenbahn erster oder zweiter Klasse fährt, so zahlt ihm die Allgemeinheit was dazu, denn die erste und zweite Klasse rentieren nicht.

Wenn jemand mit einem Flugzeug fährt, so zahlt ihm die Allgemeinheit was dazu, denn was er für die Fahrkarte bezahlt, macht nur einen Bruchteil der Kosten aus; die seine Fahrt verursacht.

Wenn jemand im Theater einen Platz in der Loge oder im Sessel nimmt, so zahlt ihm die Allgemeinheit was dazu, denn die besten Plätze im Theater rentieren nicht.

Wenn jemand im eigenen Auto fährt, so zahlt ihm die Allgemeinheit was dazu, indem aus ihren Mitteln die Straße unterhalten wird.

Der Luxus wird verbilligt, das Leben des kleinen Mannes verteuert. Und das zweite ist nicht zu vermeiden, wenn man das erste will. Das erste aber gehört mit zum modernen Sozialismus, wie er besonders von der SPD. verstanden wird.

Tariffbewegung

Bezirk Königsberg i. Pr.

Wir teilen hierdurch mit, daß der Accordtarifvertrag für das Drainagegewerbe für die Provinz Ostpreußen für allgemeinverbindlich erklärt ist. Die Allgemeinverbindlichkeit gilt ab 1. Januar 1930.

gez. P. Mednie.

Aus dem Verbandsleben

Am 1. Februar 1930 ist der fünfte Wochenbeitrag für das Jahr 1930 fällig.

Berlin-Moabit. Mit überaus zahlreicher Beteiligung fand am Sonntag, dem 4. Januar, hier die diesjährige Generalversammlung statt. In dem Jahresbericht konnte der Vorsitzende, Kollege Hengemühle, auf die gute Entwicklung, die die Zahlstelle im vergangenen Jahre genommen hat, hinweisen. Die Mitgliederzahl hat einen Zuwachs von weit über 50 Prozent zu verzeichnen. Auch die abgehaltenen Versammlungen wiesen immer einen sehr guten Besuch auf. In der anschließenden Vorstandswahl wurden folgende Personen gewählt: Kollege E. Hengemühle, 1. Vorsitzender; Max Bressky, 2. Vor.; Wilhelm Wisla, Schriftführer; Franz Wisla, Kassierer; Fritz Stöhr, Beisitzer. Hierauf sprach unser Angelegter, Kollege Weber, über die Ausbreitungsmöglichkeiten des christlichen Bauarbeiterverbandes in Moabit und darüber hinaus in ganz Berlin. Emsige Mitarbeit aller Mitglieder, treuer Bekenntern auf den Baustellen, engste Zusammenarbeit mit den konfessionellen Landesverbänden bieten uns die sicherste Gewähr, unseren Verband zu stärken. — Die Versammlungen finden fortan regelmäßig im Verbandslokal Rehling, Lindenburger Str. 43, statt. Es wurde beschlossen, allen Mitgliedern demnächst einen Versammlungskalender zuzustellen. In dem vorgenannten Lokal sind auch jeden Sonntagabend von 7-9 Uhr abends an den Kassierer Wisla die Beiträge zu entrichten. Die Kollegen werden gebeten, hierüber tatsächlich Gebrauch zu machen und allwöchentlich ihre Beiträge zu zahlen. — Der Verlauf der Versammlung veranlaßt zur berechtigten Hoffnung für die Zukunft.

Bischdorfer. Am 5. Januar feierte die Ortsgruppe ihr Winterfest, welches von den Kollegen sehr gut besucht war. Durch Konzert und zwei Theaterstücken, die von den Mitwirkenden sehr gut gespielt wurden, war für Unterhaltung gesorgt. In seiner Festansprache erwähnte unser Bezirksleiter, Kollege Dieblich, die Kollegen besonders, weiter mitzuarbeiten an dem Ausbau unserer Bewegung.

Am 17. Januar hielt die Ortsgruppe die diesjährige Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Buid, begrüßte die erschienenen Kollegen und erstattete den Jahresbericht. Aus seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß das vergangene Geschäftsjahr für die Kleinstädte in Ostpreußen kein gutes gewesen ist, da die meisten Kollegen sich auswärts Arbeit suchen mußten. Zwei neue Tarifverträge wurden im vergangenen Jahre abgeschlossen, und zwar für Steinlagarbeiten und der Drainageaffordarvertrag. Hoffen wir, daß uns dieses auch wieder in unserer Bewegung ein Stück vorwärts bringen wird. Ein Mitglied ist im Laufe des Jahres verstorben, zu dessen Ehren sich die Kollegen von den Blähen erhoben. — Den Kassenbericht erstattete der Kassierer, Kollege Scheffelski. Die Gesamteinnahmen betrugen 374,24 RM., hiervon für die Hauptkasse 288,87 RM., die Vorkasse 85,37 RM. Die Hauptkasse hatte eine Ausgabe von 288,00 RM., so daß für die Hauptkasse eine Vereinnahmung von 2000,87 RM. bleibt. Die Vorkasse hatte eine Ausgabe von 821,68 RM., mithin einen Barbestand fürs nächste Jahr von 163,69 RM. — Nach Bekanntgabe des Kassenberichts wurde dem Vorstande von der Versammlung Entlastung erteilt. — Hierauf fand die Wahl des Vorstandes statt. Sie hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Kollege Buid (wiedergewählt); 1. Kassierer Kollege Scheffelski (wiedergewählt); 1. Schriftführer Koll. Willbrecht, stellvertretender Vorsitzender Kollege Bernhard Holzki (wiedergewählt), Kassierer Kollege Krause, Schriftführer Koll. Löwenstein, Kassenrevisoren die Kollegen Martin Witt, Aug. Holzki und Neumann. An die Generalversammlung waren zwei schriftliche Anträge betreffs der Sterbengeldangelegenheit eingegangen, die nach reger Aussprache mit einigen Änderungen angenommen wurden. Mit dem Wunsch, daß im neuen Jahre unsere Ortsgruppe weiter wachsen und gedeihen möge, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Brittisch. Es geht vorwärts. In einer öffentlichen christlichen Gewerkschaftsversammlung, die am 6. Januar d. J. hier stattfand, sprach der Gewerkschaftsangelegter, Kollege Weber, Berlin, über die Notwendigkeit der Gewerkschaften, insbesondere der christlichen Gewerkschaften. Der Referent leitete eingehend die Lage der Arbeiter in der Vor- und Nachkriegszeit. Die Arbeiterbewegung ist heute noch einige Jahrzehnte jünger, und erst seit kaum 10 Jahren ist sie wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich gleichberechtigt. In dieser kurzen Zeit hat sie einen Aufschwung erlebt, wozu Bürger und Bauern Jahrhunderte gebraucht haben. Die Erfolge waren jedoch nur möglich durch den Zusammenschluß der denkenden, zielbewußten Arbeiter in Gewerkschaften. Die Gewerkschaften haben sich jederzeit helfend und stützend an die Seite der Arbeiterbewegung gestellt. Eine Gegenüberstellung von einst und jetzt wird dies einwandfrei bestätigen. Vieles bleibt noch zu leisten übrig. Die Frage, sind Gewerkschaften nötig, ist heute ebenso wichtig wie früher. Kämpfe gegen die berechtigten Bestrebungen der Arbeiterbewegung, Kämpfe gegen die gesamte Sozialversicherung seitens der Arbeitgeber weisen uns immer wieder darauf hin, daß die Arbeiter reslos zusammenstehen müssen. Nicht engstirnige Berufsinteressen dürfen maßgebend sein. Gemeinsam, Schulter an Schulter, wollen wir um die Besserstellung der Arbeiterbewegung in Wirtschaft und Staat ringen. Hierzu bietet uns die Mitarbeit in den christlichen Gewerkschaften die beste Gelegenheit. Durch ihre Tätigkeit haben die christlichen Gewerkschaften bewiesen, daß sie die rich-

tigste Interessengruppierung für die Arbeiterbewegung sind. Ohne Mitarbeit der christlichen Gewerkschaften ist ein Aufstieg der Arbeiterbewegung nicht denkbar. Schließen wir uns deshalb den einzelnen Berufsverbänden der christlichen Gewerkschaften an und werden tüchtige Mitkämpfer. — Anschließend besprach Landarbeitersekretär, Kollege Graf, Mejeritz, noch besonders die Lage der Landarbeiter. Auch sie dürften nicht abseits stehen, reslos eingliedern in die Reihen der standesbewußten, vorwärtsstrebenden christlichen Arbeiterbewegung, vorwärtsstrebenden christlichen Arbeiterbewegung. — Aus der lebhaften Aussprache und den zahlreichen Anmerkungen ist zu entnehmen, daß auch die Bau-, Landarbeiter usw. von Britisch von der Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften überzeugt sind. So berechtigt die Versammlung, die überaus zahlreich besucht war, zu der Hoffnung auf das Blühen und die Ausbreitung der christlichen Gewerkschaften in der Grenzmark. Und nun auf zur Tat.

Neuenrod. Am Sonntag, dem 10. Januar, hielt unsere Ortsgruppe eine Mitgliederversammlung ab. Unser Kollege Graf aus Frankfurt sprach über die Neuregelung der Arbeitslosenversicherung. Er machte uns in kurzen Zügen bekannt mit den Einzelheiten der Arbeitslosenversicherung, und vor allem mit dem § 89a über die Bedürftigkeitsprüfung, welcher in

HAB ACHT!



Sorge für einwandfreie Werkzeuge!

seiner festigen Handhabung nicht als gerecht anerkannt werden kann. Kollege Graf wies auch darauf hin, daß gerade die Bauhandwerker die Benachteiligten sind und forderte die Kollegen vom Bau auf, sich sämtlich der Gewerkschaft anzuschließen, um diesen Kampf gegen die soziale Erdrosselung der Bauarbeiterbewegung erfolgreich führen zu können.

Hörde. Am 11. Januar veranstaltete unsere Ortsgruppe einen Familienabend verbunden mit der Ehrung unseres Jubilars, des Maurerpoliers Wilhelm Erb. Die Veranstaltung war sehr gut vorbereitet und hat alt und jung erfreut. Vom Vorstand der Verwaltungsstelle war der Kollege Ernst von Dortmund erschienen. In einem kurzen fernigen Referat schilderte er, wie früher in Hörde für die Gewerkschaftsbewegung ein steiniger Boden gewesen sei, wie jedoch die Tatkräft der Gründer ein gutes Fundament geschaffen habe. Der Familienabend, welcher von der Ortsgruppe Hörde veranstaltet sei, zeuge am besten von der Gewerkschaftsarbeit, die in unserer Ortsgruppe Hörde geleistet wurde. Im Antrage der Verbandsinstanzen übertrug der Kollege Ernst dem Jubilar die besten Glück- und Segenswünsche und überreichte Diplom und Nadel. Im weiteren Verlauf war die Gemütsheiligkeit oberster Grundlag. Eine Verlosung brachte den Anwesenden manche Überraschungen. Nachdem wir uns nun gemütslich zusammengesunden haben, heißt es jetzt wieder frisch auf zur Gewerkschaftsarbeit im neuen Jahr.

Beuthen D.S. Am Sonntag, dem 13. Januar, fand im Restaurant Karas unsere Generalversammlung statt, die sehr gut besucht war. Der 1. Vorsitzende, Kollege Kapika, eröffnete dieselbe mit Bekanntgabe der Tagesordnung, begrüßte die zahlreich erschienenen Kollegen und erteilte dann dem Verwaltungsstellenleiter Kollegen Heidrich aus Gletwitz das Wort zu seinem Vortrag „Ueber die Lage im Baugewerbe und die Aufgaben der Bauarbeiterbewegung für die nächste Zukunft“. Nebner verhandelte in seiner vorzüglichen Art, den Veranlasser klar zu legen, welche Erfolge wir in den letzten Jahren auf dem Gebiete der Lohnbewegung und der Arbeitszeit erreichen konnten. Man darf nicht vergessen, daß wir hier in Oberschlesien das sozial rückständigste Unternehmertum von ganz Deutschland haben. Daß so manches nicht in Erfüllung gegangen ist, daran tragen zum größten Teil die abseitsstehenden Kollegen die Schuld, die nicht näher und kritischer und den Weg zur Organisation nicht finden wollen. Kollege Heidrich erwähnte deshalb die versammelten Kollegen im neuen Jahre mehr als bisher ihre ganzen Kräfte einzulegen, denn nur dann, wenn jeder einzelne seine Pflicht tut und mitarbeitet, werden wir bessere Erfolge erzielen können. Nach dem lehrreichen Vortrag folgte eine lebhaft aus-

sprache, an der sich recht viele Kollegen beteiligten. Alsdann las Kollege Heidrich die Namen der betreffenden Vertrauensleute vor, die durch ihre eifrige Arbeit mit Verbenaubeln bedacht werden.

Hierauf folgte die Entlastung des alten Vorstandes. Kollege Heidrich dankte vor allem für die rege Mitarbeit im vergangenen Jahr und nahm die Wahl des neuen Vorstandes vor. Wiedergewählt wurden als 1. Vorsitzender Paul Kapika, als 2. Vorsitzender Theodor Haronska, als 1. Schriftführer Franz Roswadowski, als 2. Schriftführer Josef Winkler, als Kassenrevisor Paul Melisa, als Kartellbelegierter Georg Galuga, Josef Winkler und Franz Roswadowski. Außerdem meldeten sich für den Winterlehrcursus, der am 25. und 26. Januar in Hindenburg stattfindet, 6 Kollegen. Nachdem unter Verschiedenes noch einige wichtige Fragen besprochen wurden, konnte der 1. Vorsitzende, Kollege Kapika, die Versammlung schließen. Franz Roswadowski.

Mardorf. Am Sonntag, dem 12. Januar, abends 6 Uhr, fand im Lokale der Witwe Schid ein Familienabend mit Jubilärfest statt. Der Kollege Schraub eröffnete die Familienversammlung und erteilte dann dem voll. Vort. das Wort. Wir betrachten unsere Zusammenkunft nicht als ein Vergnügen in dieser schweren Zeit. Der Sinn dieses Abends soll darin liegen, das Gefühl der Gemeinsamkeit in dieser einer großen Idee zu stärken und zu vertiefen. Diese Idee kann für uns, die wir Mitglieder und Freunde des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands sind, nur maßgebend sein. Über noch eine andere Aufgabe haben wir am heutigen Abend zu erfüllen, wohl die wichtigste von allen. Es gilt die Ehrung der Kollegen Theodor Schid und Konrad Stumpf für 25jährige Mitgliedschaft im Verband christlicher Bauarbeiter. Seit 25 Jahren sind sie nicht nur Mitglieder unseres Verbandes, seit 25 Jahren haben sie es stets angelegen sein lassen, mit Wort und Tat für denselben einzutreten. — Dann richtete Kollege Vort. noch einige Worte an die jugendlichen Kollegen: In euch, jüngere Kollegen, richte ich die Warnung, wenn der Geist dem Willen und wollen Fäden unserer Pioniere des Aufbaues das Banner entfaltet, dann betretet mutig den Weg, den sie gemandelt, kämpft für ihre Ideale zum Wohle eurer Familie und zum Wohle des Gesamtverbandes. — Dann wurde vom Vorsitzenden, Kollegen Schraub, den Jubilaren das Zeichen der Anerkennung und des Dankes, das vom Vorstand unseres Zentralverbandes in Berlin geschickt war, die Ehrenurkunde mit Silbernadel für 25jährige treue Mitgliedschaft überreicht. Kollege Schraub überbrachte noch mit besonderer Freude und angenehmer Pflicht den Jubilaren die Glückwünsche des Zentralverbandes und der Verwaltungsstelle Mardorf. Martin Reder.

Ottobrunen. Am Sonntag, dem 12. Januar, fand die Generalversammlung unserer Verwaltungsstelle statt. Der Geschäfts- und Kassenbericht zeigte — nicht zuletzt dank der unermüdeten Tätigkeit unseres Kassierers Kollegen Ushner — ein erfreuliches Bild. Trotz der nur mittelmäßigen Baukonjunktur im Jahre 1929 gelang es, die Mitgliedschaft zu steigern. — Der alte Vorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt. Bis auf den 1. Vorsitzenden, der wegen Krankheit zurücktrat und an dessen Stelle Kollege Hüniger gewählt wurde, ist die alte Vorstandschaft in geheimer Wahl wiedergewählt worden.

Kollege Häring (Augsburg) hob hervor, daß trotz vieler Schwierigkeiten in Ottobrunen als ländlichem Marktflecken der gewerkschaftliche Geist immer hochgehalten worden sei. Das sei der beste Beweis, daß Nutzen und Notwendigkeit des Verbandes von der Kollegenchaft gut erkannt ist. Er hoffe, daß dies im neuen Jahre und in weiterer Zukunft so bleibe. Hierauf kam er auf die Arbeitslosenversicherung zu sprechen. Die vielen Härten, unter denen die Arbeitslosen durch Auslegung und Anwendung der §§ 89a und 107c des Arbeitslosenversicherungsgesetzes zu leiden haben, boten reichen Gesprächsstoff. Die Charakterisierung der Kleinbesitzer unserer Kollegen als Landwirtschaft, um den Druck für „erwerben und mitterwerben...“ zu finden und die Unterstützung zu verweigern, sei unbillige Härte und zerstöre auch den Heimats- und Stiehungsgedanken. Durch das Eingreifen unserer Bezirksleitung sind Korenischeide dieser und ähnlicher Art aufgehoben. Die krassen Ungerechtigkeiten dieses Gesetzes zeigen, wie stark sich Reichstag und Reichsarbeitsministerium von Bürokratie, Unternehmern und Kapitalisten bei der Gesetzesänderung beeinflussen und leiten lassen und daß baldige Änderung des Gesetzes und der Verwaltungspraxis notwendig ist, wenn auch der Arbeiter an soziale Gerechtigkeit glauben soll. — Die Bemühungen unserer Bezirksleitung in Bayern zwecks gerechter und sozialer Anwendung der neuen Gesetzesbestimmungen beim Präsidenten des Landesarbeitsamtes Bayern fanden Anerkennung durch die Versammlung. — So begann bereits das neue Jahr mit regem Interesse für das, was unser Verband für den Arbeiterstand zu leisten hat. Hoffen wir, daß es während des ganzen Jahres so bleibe.

Dinslaken (Niederrhein). Unsere Generalversammlung am 18. Januar ergab ein erfreuliches Bild steter Aufwärtsentwicklung. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Er konnte feststellen, daß wir in Dinslaken im letzten Jahr gute Fortschritte gemacht haben. Anschließend sprach Kollege Peil über die Arbeitslosenunterstützung. Er nahm auch Stellung zu den Angriffen der Unternehmer auf die Sozialversicherung und das Tarif- und Schlichtungswesen. Zum Schluß dankte er dem Vorstand und allen Kollegen für ihre Mitarbeit zur Stärkung des Verbandes. In

der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt.

Mainz. Am 18. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, Kollege Hoffmann, eröffnete um 8 Uhr die Versammlung und begrüßte die Kollegen.

Oberglöckau. Am 18. Januar fand unser diesjähriges Wintervergnügen statt. Dagegen voran ging eine Versammlung. Der 1. Vorsitzende eröffnete diese um 8 Uhr und begrüßte den Redner des Abends, Kollegen Heilig (Neustadt) und Herrn Stadverordnetenvorsitzer Dr. Mutke.

Schönbühlberg. Unsere Generalversammlung fand am Sonntag, dem 18. Januar, statt. Der Vorsitzende begrüßte die Erschienenen und gab die Tagesordnung bekannt.

Siebnitz. Am 19. Januar hielt unsere Ortsgruppe ihre diesjährige Generalversammlung ab. Vorsitzender Dengler eröffnete die Versammlung und begrüßte die Kollegen sowie den Kartellvorsitzenden und den Stadtrat Fröhlich.

Ausführungen und richtete den Appell an die Mitglieder, auch im neuen Verbandsjahre an der Ausbreitung des Verbandes mitzuarbeiten.

Niederelbert. Am Sonntag, dem 19. Januar, feierte unsere Ortsgruppe ihr 25jähriges Stiftungsfest. Der eigentlichen Feier ging nachmittags um 3 Uhr eine gut besuchte öffentliche Bauarbeiterversammlung, in der Bezirksleiter Kollege Häuschen (Köln) einen Vortrag über Sozialpolitik hielt.

Von den Arbeitsstellen

Unfall bei einer Tiefbauarbeit

Glöckau. Unweit der Schachtanlage Schöbelen im Bereich der Stadt Gelsenkirchen-Buer wird vom früheren staatlichen Bergbau und der Bergwerksgesellschaft Hibernia, Gelsenkirchen ein großes modernes Stichtoffwerk errichtet.

Der Arbeitgeber hatte eine mehrere hundert Meter lange Rohrleitung zu verlegen. Hierzu mußten die Erdmassen bis zu 2,50 Meter ausgehoben werden.

Es war kurz vor 12 Uhr sein, als wir diese Arbeitsstelle passierten. Lauter Aufen und angstvolle Schreie machten uns auf eine drohende Gefahr aufmerksam.

Wir haben sofort veranlaßt, daß die Bauleitung die ordnungsgemäße Veranschlagung vornahm. Im anderen Falle hätten wir die Weiterarbeit durch die Baupolizei zu verhindern gesucht.

Berichtigung: In Nr. 4 der „Baugewerkschaft“ ist ein Irrtum unterlaufen. Der Verfasser des Artikels „Die Umbildung der kapitalistischen Wirtschaft“ heißt nicht Eberhardt, sondern Ehrhardt.

Sterbetafel

Am 5. Januar starb unser jugendlicher Kollege Kaspar Friedrich Jinke aus Gersmold an einem Lungenleiden. Verwaltungsstelle Meile.

Fordern Sie illustrierten Katalog über Webwaren gratis! Wir führen: Hemdentuche, Nessel, Damaste, Handtücher, Tisch-Bett u. Fröhtierwäsche, Taschentücher, Schürzen, Berufskleidung, Kleiderstoffe, Strümpfe, Damen- u. Herrenwäsche, Trikotasen, Bettfedern, Julettis, Betten, Bettstellen, Stepp- u. Schlafdecken, Gardinen u.s.w.

Käse billiger direkt ab Fabrik. Holst. Käse (rotform) 9 Pfd. M. 3,60. Edamer Art (rot) 1/2 Kett. 9 Pfd. M. 4,80. Tilsiter Art, halbbett. 9 Pfd. M. 6,00.

Achtung! Die besten Maurerwerkzeuge kaufen Sie nur bei Paul Salzmänn, Remscheid-Sonsberg. Fordern Sie heute noch Preisblatt! Billig! Ia Qualität. Billig!

Bauarbeiterhosen aus 11-Drahtleder mit 12er Schuß u. Leder-taschen 13.- Rm., aus 11-Drahtleder 9.- Rm. u. 6,50 Rm. Maurer-socken 1,20 Rm. Echt Lindner-Manchester-Hosen Qual. 1 17.- Rm., II 13.- Rm., III 11.- Rm. Maurer-Blusen 5.- Rm. Schwere Julettier 13 Rm. vers. b. Bestellung von 20 Rm. frei laut. Produkte u. Muster gratis. Emil Hohlfeldt, Dresden 4, Ritterstr. 2. Mechanische Spezialfabrik für Bauarbeiter-Kleidung Geogr. 1894

Schmale Teakholz-Wasserwaagen. Längen 100 90 80 75 70 60 50 45-40 35-25 cm. Preis 3,70 3,50 3,30 3,20 3,10 2,90 2,65 2,50 2,20 M. Ich garantiere für solide und genaue Anfertigung. Bestellungen per Post werden unter Nachnahme zugesandt.